

Pressemitteilung

UN-Sondersitzung zu Corona: Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu

Berlin, 01.12.2020 - Die Corona-Pandemie hat dramatische Folgen und verschärft die weltweite Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Anlässlich der Sondersitzung der Vereinten Nationen zu Covid-19 am 3. und 4. Dezember 2020 fordert das Bündnis Entwicklung Hilft in einem aktuellen Positionspapier globale, gerechte Lösungsansätze im Sinne einer internationalen Krisenvorsorge und eines nachhaltigen Wandels.

Kontakt:
Bündnis Entwicklung Hilft
Pressestelle
Schöneberger Ufer 61
10785 Berlin
Tel.: 030 - 278 77 393
presse@entwicklung-hilft.de

Die Pandemie deckt die Schwächen der Wirtschafts-, Finanz- und Gesundheitssysteme endgültig auf. Sie wirkt zudem als Brandbeschleuniger für bereits bestehende Krisen und führt zu einer weiteren Verschärfung der globalen Ungleichheit. Obgleich die Pandemie in diesem Jahr zurecht im Fokus der Aufmerksamkeit steht, dürfen andere Krisen nicht in Vergessenheit geraten. „Es zeichnet sich ab, dass wir auch nach Bewältigung der Pandemie vor großen globalen Herausforderungen stehen werden. Wir müssen schon jetzt für künftige Krisen vorsorgen und einer immer ungleicher werdenden Welt entgegenwirken“, erklärt Dr. Rainer Brockhaus, Präsident des Bündnis Entwicklung Hilft. Die Corona-Hilfen müssen so eingesetzt werden, dass sie zu einem gerechten, nachhaltigen Wandel beitragen.

Nationale Abschottung und eine Abkehr vom Multilateralismus sind nicht zielführend. Globale Krisen können nur gemeinschaftlich gelöst werden. Die einberufene Sondersitzung der Vereinten Nationen bietet die Gelegenheit, gemeinsame Strategien sowohl für die Pandemie-Bekämpfung als auch die zukünftigen Herausforderungen zu entwickeln. Zu oft stehen nationale Partikularinteressen einer entschlossenen internationalen Zusammenarbeit im Weg. Hierbei muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Für die Pandemie-Bekämpfung heißt das konkret auch: Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass wissenschaftliche Forschungsergebnisse, Daten und Technologien zu Covid-19 in einem gemeinsamen Technologie-Pool geteilt werden. Peter Mucke, Geschäftsführer des Bündnisses, kritisiert: „Mit dem Solidarity Call to Action der Weltgesundheitsorganisation gibt es eine vielversprechende Initiative, auch für einen weltweiten, fairen Zugang

zu Impfstoffen. Deutschland und andere Industrienationen weigern sich bislang, dieser Initiative beizutreten. So kann ein gerechter Ausgleich nicht gelingen.”

Die elf Mitgliedsorganisationen im Bündnis Entwicklung Hilft unterstützen mit ihren Partnern in den Projektländern seit Anfang des Jahres die Eindämmung des Virus und die Bewältigung der Pandemiefolgen. In vielen Ländern des Globalen Südens wird die derzeitige Gesundheitskrise jedoch durch bereits bestehende, langjährige Krisen verschärft. Ohne leistungsfähige Gesundheitssysteme, soziale Absicherung und gute wirtschaftliche Ausstattung werden Menschen in Ländern des Globalen Südens oft ungleich härter und unmittelbarer von den Folgen der Pandemie getroffen. Auch hier ist Deutschland in der Mitverantwortung, strukturellen Wandel zu gestalten und die Widerstandsfähigkeit über nationale Grenzen hinweg zu stärken.

Hinweise für Redaktionen:

- Das Positionspapier “Für einen gerechten Ausgleich” ist in einer Kurzfassung und Langfassung unter <https://entwicklung-hilft.de/informieren/#mediathek> abrufbar.
- Gerne stellen wir Kontakt zu Interviewpartner*innen her.

Brot für die Welt, Christoffel-Blindenmission, DAHW, Kindernothilfe, medico international, Misereor, Plan International, terre des hommes, Welthungerhilfe sowie die assoziierten Mitglieder German Doctors und Oxfam leisten als Bündnis Entwicklung Hilft akute und langfristige Hilfe bei Katastrophen und in Krisengebieten.